

Besprechungen

Harald Gerfin, Wolfgang Kirner, Jürgen Wulf: Entwürfe für disaggregierte Modelle zur Arbeitsmarktprognoze für die Bundesrepublik Deutschland. (Sonderheft 90, 1972 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). Berlin 1972. Duncker & Humblot. 120 S.

Die von den drei Autoren vorgelegten „Entwürfe“ enthalten das Ergebnis zweier Untersuchungen, die im Auftrage des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft e. V. durchgeführt wurden.

Die erste Untersuchung (S. 14 - 74) befaßt sich mit Fragen der gesamträumlichen Arbeitsmarktprognoze, die zweite (S. 75 - 110) wählt Probleme einer regionalen Arbeitsmarktprognoze als Untersuchungsobjekt.

In einem einleitenden Teil wird die Grundposition der Verfasser zu Problemen der Arbeitsmarktprognoze und Arbeitsmarktpolitik dankenswerterweise dargelegt (S. 8 - 13). Eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“ (D. Mertens) hat danach die Aufgabe, auf Ungleichgewichtstendenzen mit friktionellen, saisonalen, konjunkturellen und strukturellen Komponenten hinzuweisen und wirksame präventive Maßnahmen aufzuzeigen. Wegen der starken Interdependenzen zu anderen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist eine politische Steuerung des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitskräftenachfrage nur eingebettet in eine gesellschaftswirtschaftliche Konzeption sinnvoll. Da eine solche Programmatik bisher in der Bundesrepublik fehlt, ist der Arbeitsmarktprognotiker gehalten, eigene ungesicherte Hypothesen über Ziele und Handlungsweisen politischer Entscheidungsträger zu setzen. Dies wird um so problematischer, als die Prognose über die Warnfunktion einer Statusquo-Prognose hinausgehend die Funktion eines therapeutischen Instruments erhalten soll. Für derartige Entwürfe wird besonders auch die Notwendigkeit der Datenbeschaffung und der derzeitigen Lücken für eine solche quantitative Aussage über empirisch meßbare Sachverhalte betont. Wir benötigen hier vor allem Datenreihen über die Bevölkerungsentwicklung, die Entwicklung der Wirtschaft, die Tendenzen im Bildungswesen und Fakten über die quantitativen und qualitativen Dimensionen des Arbeitskräfteeinsatzes.

In der Untersuchung über gesamträumliche Arbeitsmarktprognozen werden zunächst die Forschungsansätze des „manpower-“ und des „social demand-Konzeptes“ vorgestellt. Die Bausteine des disaggregierten Prognosemodells werden im Arbeitskräftenachfragebereich aus Elementen des „manpower-Konzeptes“ und im Arbeitskräfteangebotsbereich aus Teilen des „social demand-Konzeptes“ gewonnen, die dann in einer Arbeitsmarktbilanz zusammengeführt werden. Ungleichgewichte und Ausgleichsprozesse werden unter den Gesichtspunkten der Außenwanderungsströme, der spontanen Mobilitätsvorgänge und des latenten Mobilitätspotentials untersucht.

Der Teil „Regionale Arbeitsmarktprognozen“ behandelt u. a. die Ableitung regionaler Arbeitsplatzprojektionen aus überregionalen Prognosen unter Beachtung regionaler Struktur- und Standorteffekte. Dabei wird die shift-Analyse vorgestellt und Möglichkeiten ihrer Verbesserung durch Zerlegung

der Standorteffekte in möglichst viele Komponenten und die Rückführung der Regionalprognose auf die Produktionswerte der Sektoren anstelle der Arbeitsplätze dargelegt. Die zusätzlich zu berücksichtigenden regionalpolitischen Probleme der Verflechtung intra- und interregionaler Art werden betont. Hierzu wird auf das Team des DFG-Forschungsprogramms „Regionalforschung und Regionalpolitik“ verwiesen, das an einem nach 79 Regionen disaggregierten Wachstumsmodell der BRD zu arbeiten begonnen hat. Neben den Schwierigkeiten, verursacht durch fehlende statistische Informationen auf regionaler Ebene, werden aber auch die zusätzlichen Freiheitsgrade der Politik durch Austauschmöglichkeiten mit anderen Teilräumen gesehen.

Die vorgestellten Entwürfe bilden eine anregende und notwendige Lektüre für alle, die sich mit Arbeitsmarktprososen befassen. Wenn mir auch die in der Grundposition zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine politische Steuerung im Rahmen einer Gesamtprogrammatik im Hinblick auf die Erfahrungen etwa mit dem Teilbereich der Bildungsplanung — auf die *Jochimsen* im Bulletin der Bundesregierung jetzt wieder aufmerksam gemacht hat — zu optimistisch erscheint, ist es besonders dankenswert, daß die Autoren auch zu diesem Bereich auf zukünftige Forschungsschwerpunkte aufmerksam gemacht haben.

Jürgen Zerche, Berlin

Harold J. Heck: International Trade. A Management Guide. New York 1972. American Management Association. X, 182 S.

Das Buch ist für amerikanische Geschäftsleute geschrieben, die sich über die für sie relevanten praktischen Fragen der Außenhandelstätigkeit informieren wollen. Der Autor, ehemaliger Handelsattaché an der amerikanischen Botschaft in Paris, bemüht sich um eine sehr knappe Darstellung und geht dabei bis zur stichwortartigen Auflistung einzelner Aktivitäten. Für den akademischen Unterricht ist das Buch nur bedingt verwendbar, da viele Punkte sehr oberflächlich behandelt werden und systematische Hinweise auf vertiefende Literatur fehlen. Für den europäischen Leser dürften vor allem die Informationen über amerikanische Außenhandelspraktiken, die Exportförderung und die Importbegrenzung der amerikanischen Wirtschaftspolitik sowie die Faksimiles gebräuchlicher Formulare und außenhandelsstatistischer Quellen von Interesse sein.

Karl Georg Zinn, Aachen

Karl Otto Hondrich: Demokratisierung und Leistungsgesellschaft. W. Kohlhammer 1972. 156 S.

Sozialökonom, Soziologen und Politologen werden gleichermaßen durch dieses Thema angesprochen. Der Verfasser behandelt zunächst die Frage der ursächlichen Beziehung zwischen Demokratisierung und Leistungssteigerung in Industrie-Unternehmen sowie das Problem der Demokratisierung als Folge sozialer Leistungsanforderungen. Der Industrialisierungsprozeß habe mit der Betriebs- und Unternehmenskonzentration einen Struktur- und Zielwandel bewirkt. Das Ziel „Gewinnmaximierung“ habe sich in das Ziel einer langfristigen Erhaltung der Organisation im Interesse aller Mitglieder verwandelt.

Das Schwergewicht der Darstellung liegt in der Erörterung der Frage der Demokratisierung in der industriellen Leistungsgesellschaft. Der Begriff Leistung („Bereitstellung von Mitteln zur Befriedigung von Bedürfnissen“) habe

sich in der modernen Leistungsgesellschaft zu einem fortgesetzten Leistungsanspruch verengt. Der technisch-ökonomische Leistungswandel habe die Fundamente untergraben, auf denen die politischen und ökonomischen Herrschaftsstrukturen der frühen Leistungsgesellschaft ruhten. Instrumentale Werte würden zu Selbstwerten aufgeblasen.

Der Verfasser läßt sich in seiner Analyse der sozialen Zusammenhänge von soziologischen Systemvorstellungen leiten und folgt darin den Konzeptionen von *Talcott Parsons* und *Niklas Luhmann*. Die Frage sei: Wie reagieren die politischen Systeme auf den Leistungswandel im ökonomischen System und in anderen Teilsystemen? Der Demokratisierungseffekt mache sich als politischer Machtwandel bemerkbar, wenn die Unterschichten über ihr Geschick selbst mitbestimmen wollen. Vereinigungen und Verbände üben nun auf den Staat einen Druck aus. „Tendenziell weitet sich die Ziel-Konstellation und damit der Herrschaftsbereich des politischen Systems aus“ (S. 95). Die Herrschaftsstrukturen im Industrie-Unternehmen blieben dadurch freilich entlastet und geschont. Nachdem das Demokratisierungspotential weitgehend erschöpft sei, werde der soziale Druck vom politischen System auf dessen Subsysteme und andere Teilsysteme abgelenkt. Der Autor denkt hierbei an das kulturelle System und das „universitäre Teilsystem“.

Der Leistungsanspruch der Gesellschaft an die Universität zwingt diese zum Verzicht auf ihre traditionelle Institution und ihren Autonomie-Anspruch, andererseits zur Programmierung berufsbezogener Studiengänge. In dem Maße, wie sich der Produktionsprozeß verwissenschaftlicht habe, sei die Wissenschaft als Produktivkraft entdeckt worden. Das politische System habe aber nicht rechtzeitig genug Planungskapazitäten und finanzielle Mittel aufgebracht, um der dynamischen Entwicklung gerecht werden zu können. Die Forderungen der Studenten folgten in der Anmeldung ihrer Beteiligungsrechte dem Repräsentativmodell. In diesem sei nun allerdings eine „Oligarchisierungstendenz“ mit angelegt. Die revoltierende Studentenschaft glaube, daß die kapitalistische formal-demokratische Gesellschaft überhaupt graduell handlungsunfähig und nur an der Wurzel, also radikal, zu verändern sei“ (S. 117).

Demokratisierung, meint der Verfasser, ist ein Anpassungsprozeß an die durch ökonomische Entwicklungen veränderte Leistungsstruktur eines sozialen Systems. Sie sei ein entscheidender Vermittlungsmechanismus, durch den ökonomische Prozesse eine neue Qualität annehmen. Ist aber die — im Grunde doch marxistische These vom Primat des ökonomischen Systems durchweg aufrechtzuhalten? Für eine kapitalistische Marktwirtschaft trifft die Behauptung zu. Wie aber verhält es sich mit der Wirtschaftspolitik der absoluten Fürstenstaaten oder auch mit den verstärkten staatlichen Kontrollen und Interventionen in der Gegenwart?

In einem Anhang gibt der Verfasser einen Beitrag zur „wissenschaftstheoretischen Orientierung“.

Karl Otto Hondrich informiert den Leser eingehend und gründlich über die mannigfachen Beziehungen zwischen Leistung und Demokratisierung. Es ist wohl das Beste, was zu diesem Thema gesagt worden ist. Die Lektüre bereitet dem Leser allerdings Schwierigkeiten. Er muß sich zu Beginn durch eine Menge abstrakter Thesen und Definitionen hindurcharbeiten. Diese würden (in einer Neuauflage) besser im Zuge der systematischen Darstellung ihre Stelle und auch zugleich ihre Erläuterung finden.

Herbert Schack, Berlin

International Bank for Reconstruction and Development (Hrsg.): *World Bank Country Economic Report: Economic Growth of Colombia — Problems and Prospects*. Baltimore, London 1972. The Johns Hopkins Univ. Press. 509 S.

Mit diesem sehr umfangreichen Bericht über das Wirtschaftswachstum in Kolumbien beginnt die Weltbank, einen Teil der in ihrem Auftrag und von ihren Experten seit über zehn Jahren erstellten Länderstudien zu veröffentlichen.

Die in einem Anfangskapitel des Berichts in übersichtlicher Weise zusammengestellten Ergebnisse der Untersuchungsgruppe der Weltbank in Kolumbien stammen aus dem Jahr 1970. Zum Teil wurden jedoch die statistischen Daten, die in Text und Anhang in ungewöhnlich großem Umfang enthalten sind, auf den neuesten Stand gebracht. Daß bei der Erhebung und Aufbereitung des statistischen Materials auf verschiedene nationale Institutionen und auf Untersuchungen internationaler Organisationen in Kolumbien zurückgegriffen wurde, deutet auf eine sorgfältige und umsichtige Prüfung der verfügbaren Unterlagen hin.

Mehr als zwei Drittel des Berichts sind der ökonomischen Global- und Sektoralanalyse gewidmet. Diese enthält neben dem Aufweis der Situation jeweils auch die hauptsächlichen Kausalfaktoren und Projektionen bis zum Jahr 1985, aus denen in kritischer Konfrontation mit den nationalen Entwicklungsplänen operationale und realistische Empfehlungen für die praktische Entwicklungspolitik abgeleitet werden. In erfreulichem Gegensatz zu anderen Entwicklungsländerstudien sind auch die Bereiche der materiellen Infrastruktur, der Urbanisierung, der Migration, des Bildungs- und Gesundheitswesens, des Tourismus und der Regionalentwicklung in die Untersuchung einbezogen; leider fehlt der für die sozialökonomische Entwicklung so wichtige Sektor der Administration und Verwaltung.

Der Bericht gibt Aufschluß über die wirtschaftliche Entwicklung, nicht nur über das wirtschaftliche Wachstum Kolumbiens. Er ist in Analyse, Diagnose und Prognose praxisorientiert. Die entwicklungspolitischen Handlungswürfe stellen auf das Kernproblem Kolumbiens ab: beschleunigtes Wirtschaftswachstum durch öffentliche Investitionen und durch vom Weltkaffemarkt abhängige Exportexpansion einerseits, unkontrollierbare strukturelle Arbeitslosigkeit und niedriger Lebensstandard der Landbevölkerung andererseits. Für die praktische Entwicklungspolitik ist besonders zu begrüßen, daß die Untersuchungsgruppe der Weltbank — zum ersten Mal — ein „Preinvestment Study Program“ erarbeitet hat, das jedoch zu umfangreich scheint, um ohne ausländische Unterstützung erstellt werden zu können.

Niemand, der über Kolumbien arbeitet, wird an diesem Länderbericht vorbeigehen können. Und es bleibt zu hoffen, daß die Weltbank diesem Bericht weitere folgen lassen wird.

Hans Zwiefelhofer, München

Guy Kirsch: Systemanalytische Grundlagen der Forschungspolitik. Düsseldorf 1972. Bertelsmann Universitätsverlag. 204 S.

Die Notwendigkeit einer gezielten Planung des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner technischen Umsetzung wird angesichts einer Vielzahl dringender gesellschaftlicher Probleme kaum noch in Zweifel gezogen. Umstritten ist allerdings, wo die konkreten Ansatzpunkte einer rationalen Forschungspolitik liegen könnten. In traditionellen Planungskonzepten wird, be-

dingt durch eine weitgehend ökonomische Perspektive, die reaktive Anpassung an eine unbeeinflussbare Dynamik des wissenschaftlichen Fortschritts als einzige Gestaltungsmöglichkeit angesehen. Demzufolge liegt der theoretische Schwerpunkt auf der Ermittlung des optimalen Mitteleinsatzes für nicht weiter hinterfragte Zwecke. Erst mit zunehmender Kritik an der Vernachlässigung der Zielproblematik wird auch die aktive Lenkung der Wissensproduktion als forschungspolitische Alternative angesehen. Es scheint allerdings, daß die Diskussion an diesem Punkt über das Stadium einer ideologischen Konfrontation kaum hinausgekommen ist. Beide Ansätze erweisen sich letztlich als unbefriedigend, da sie den äußerst komplexen Fragenkatalog einer umfassenden Forschungspolitik nicht zu erfassen vermögen. Es fehlt, wie der Autor zu Recht bemerkt, an einem theoretischen Bezugsrahmen, der die begrifflichen Kategorien liefert, um das bisherige Wissen zu systematisieren und Wissenslücken aufzudecken.

Die Übernahme der systemanalytischen Methode erweist sich in dieser Studie in zweifacher Hinsicht als vorteilhaft. Zum einen werden so die engen Kompetenzgrenzen einzelner Fachdisziplinen gesprengt und durch ein übergreifendes Ordnungsschema ersetzt, das verschiedenes fachspezifisches Wissen miteinander verknüpft; zum anderen erlaubt es der Ansatz, den einzelnen mit der Forschungspolitik befaßten Entscheidungsträger in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen. Als Einstieg in dieses entscheidungsorientierte Denkschema bietet sich dem Autor die aus der Finanztheorie bekannte Cost-Benefit-Analyse an. Während hier jedoch von objektiven und allgemeingültigen Größen ausgegangen wird, betont der Autor deren subjektiven Charakter. Der Kosten-Nutzen-Vergleich wird von den einzelnen Entscheidungsträgern selbst durchgeführt und orientiert sich an deren eigenen Zielvorstellungen. Das Zurückführen des forschungspolitischen Geschehens auf die Ebene individueller Entschlüsse bildet den Ausgangspunkt für die Diskussion kollektiver Entscheidungsprozesse mit der darin angelegten Problematik der Zielkoordination. Damit leitet der Autor gleichzeitig zu seiner Hauptthese über. Das Problem der Forschungspolitik hat sich von der Frage nach dem rationalen Entscheidungsergebnis zu derjenigen nach dem optimalen Entscheidungsverfahren verlagert. Hierbei bilden die vom Verfasser ausführlich behandelten Entscheidungs- und Informationsstrukturen die relevanten Parameter des Verfahrens. Hinsichtlich der Entscheidungsstruktur ergibt sich die Notwendigkeit, diejenige Systemebene zu finden, auf der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden, gleichzeitig aber auch die Kosten der Entscheidungsvorbereitung und Konsensfindung möglichst gering gehalten werden. Kommunikationsschwierigkeiten, die aus Übersetzungs- und Übertragungsfehlern resultieren, tauchen beim Informationsaustausch über die Kosten- und Nutzensvorstellungen der Entscheidungsträger verschiedener Ebenen auf.

Das bisher skizzierte Instrumentarium zur Analyse der Forschungspolitik wird ergänzt durch die vom Verfasser getroffene Unterscheidung zwischen dem konsumtiven und investiven Wert der Wissensproduktion. Damit sind die Forschungsziele angesprochen, nicht ihrem Inhalt nach, sondern in ihrer systemanalytischen Qualität als Quelle eines unmittelbaren Lusterlebnisses und als Mittel zur Befriedigung individueller oder kollektiver Bedürfnisse. Der vorliegende Bezugsrahmen verbindet somit die Forschungszwecke mit Problemen der Entscheidungs- und Informationsstruktur. Aufbauend auf diesem systemanalytischen Raster setzt sich die Studie zum Abschluß mit Thesen verschiedener Autoren zu forschungspolitischen Fragen auseinander (u. a. *M. Polanyi, C. F. Carter, A. M. Weinberg*). Diese Diskussion dient ein-

mal dem Zweck, die Logik des vorgetragenen Bezugsrahmens zu illustrieren, zum andern verhilft sie aber auch dazu, das Modell in verschiedenen Bereichen noch zu verfeinern.

Das vorliegende Konzept ist danach zu beurteilen, inwieweit sich die soziale Wirklichkeit damit erfassen läßt. Dabei stellt die Ablehnung des reinen Zweck-Mittel-Denkens und die Übernahme des Gedankens der Systemrationalität, der in der Forderung nach einer rationalen Strukturierung der Willensbildungsmechanismen in der Forschungspolitik zum Ausdruck kommt, zweifellos einen Schritt in Richtung auf beschreibende Adäquanz des theoretischen Modells dar. Dennoch kann, wie der Verfasser selbst einräumt, das von ihm entwickelte Denkschema nur als erster Versuch für ein allgemeines theoretisches Fundament der forschungspolitischen Diskussion gewertet werden. Insbesondere zwei Entwicklungslinien, die auch in der Studie angesprochen werden, scheinen einer weiteren intensiven Beschäftigung wert. Einmal sollte der Analyse der Konfliktzonen einer aktiven Forschungspolitik noch stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden, zum anderen sollten bereits vorhandene Untersuchungsansätze, die sich mit der organisierten Forschung befassen, weitergeführt werden.

Gerd Schienstock, Berlin

Johann Komarnicki und Karl-Herbert Neuhaus: Der Staatssektor in der Input-Output-Rechnung. Verflechtungstabellen für die Bundesrepublik Deutschland nach Aufgabenbereichen und Branchen 1954 - 1967. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 347 S.

In den Jahren 1967 bis 1972 haben drei wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute (DIW, Ifo, RWI) und einige Universitätsinstitute (u. a. in Bonn, Hamburg, Köln, Münster) an der Datenbereitstellung für ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziertes „Mittelfristiges Prognosemodell für die Bundesrepublik Deutschland“ gearbeitet. Im Rahmen dieser Arbeiten sind vom RWI detaillierte Input- und Output-Daten für den Staatssektor ermittelt worden, die *Komarnicki* und *Neuhaus* in ihrem Buch präsentieren.

Das erste Kapitel enthält theoretische Erörterungen über die Einordnung des Staates in die Input-Output-Rechnung. Zunächst wird das Schema der Input-Output-Tabelle beschrieben, das dem offenen statischen Leontief-System zugrunde liegt; dabei werden die Importe und Exporte außer acht gelassen, obwohl sie Teil der sektoralen Bruttoproduktionswerte sind, die in dem Tabellenschema die Zeilen- und Spaltensummen darstellen. Anschließend diskutieren *Komarnicki* und *Neuhaus* Abgrenzungs-, Verbuchungs- und Bewertungsprobleme des Sektors Staat. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß der Begriff „Staatsverbrauch“ durch die Bezeichnung „unentgeltlich zur Verfügung gestellte Leistungen des Staates“ oder „Realtransfers“ ersetzt werden sollte. Dadurch würde deutlich werden, „daß nicht der Staat selbst als Konsument auftritt, sondern daß er den Individuen vielmehr nur Güter zu ihrer Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stellt“ (S. 20). Für Analyse Zwecke wäre es am besten, wenn diese „Realtransfers“ — nach Sektoren disaggregiert — auf die Zwischen- und Endnachfrage verteilt werden könnten; auf der Input-Seite sollten nur die Investitionen des Staates, nicht dagegen die staatlichen Vorleistungskäufe als exogene Variable des Input-Output-Systems betrachtet werden. So begrüßenswert die Realisierung dieser Vorstellungen wäre, eine fehlende theoretische Lösung der Zuordnungsprobleme sowie empirisch-

statistische Schwierigkeiten stehen ihr bisher noch entgegen. Das müssen auch *Komarnicki* und *Neuhaus* anerkennen, die nach einem Exkurs über „ein offenes dynamisches Input-Output-Modell unter besonderer Berücksichtigung des Staatssektors“ zu dem Tabellenschema zurückkehren, das alle „Realtransfers“ an Unternehmen, Staat und private Haushalte zu einer einzigen Position zusammenfaßt und als Endnachfrage ausweist.

Dieses — theoretisch nicht befriedigende — Tabellenschema wird, soweit es den Staat betrifft, im folgenden ausgefüllt. Im zweiten Kapitel werden die bei der Aufstellung von Input-Output-Tabellen für Funktionsbereiche des Staatssektors angewandten Erhebungs- und Berechnungsmethoden beschrieben, im Tabellenteil die nach staatlichen Funktionsbereichen und Wirtschaftszweigen gegliederten Verflechtungstabellen für die Jahre 1954 bis 1967 wiedergegeben.

Ausgangspunkt der umfangreichen Rechenarbeiten zur Tabellenerstellung sind nach *Komarnicki* und *Neuhaus* die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes für Bund, Länder und Gemeinden ausgewiesenen Aggregate der Entstehungs- und Verwendungsrechnung. Diese Größen, die jedoch nicht immer mit den Gesamtrechnungsdaten übereinstimmen, wurden für den Zeitraum 1954 bis 1967 sowohl nach Funktionsbereichen als auch nach liefernden und beziehenden Sektoren disaggregiert. Die Aufteilung der Werte der Leistungsentstehung, der Leistungsverwendung und der Investitionen des Staates auf die 12 Funktionsbereiche (u. a. Allgemeine Verwaltung, Verteidigung, Verkehr und Bauwesen, Wissenschaft und Bildung) erfolgte im wesentlichen anhand der amtlichen Finanzstatistik, „und zwar durch Umgruppierung und Zusammenfassung der einzeln darin ausgewiesenen Verwaltungszweige“ (S. 43). Zur weiteren Zerlegung dieser Input- und Output-Volumina nach 41 Wirtschaftszweigen und vier Haushaltstypen wurde umfangreiches Primär- und Sekundärmaterial herangezogen. Angesichts der Größe der zu erfassenden Grundgesamtheit mußte man sich jedoch mit Stichproben begnügen; nur bei drei repräsentativ ausgewählten Ländern, einem Stadtstaat und 30 Gemeinden und Gemeindeverbänden konnten detaillierte Ermittlungen durchgeführt werden.

Der Tabellenteil — der allein 280 Seiten stark ist — weist für die Jahre 1954 bis 1967 die Inputs und Outputs der laufenden Produktion sowie die Investitionsgüterkäufe des Staates zu jeweiligen Preisen aus. Leider beziehen sich die Angaben für die Jahre 1954 - 1959 auf das Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West), für den Zeitraum 1960 - 1967 dagegen auf die BRD einschl. Saarland und Berlin (West), ohne daß wenigstens für ein Vergleichsjahr (z. B. 1960) die Daten beider Gebietsstände nachgewiesen werden. Auch eine Unterteilung der staatlichen Vorleistungskäufe und Investitionen nach Inlandsbezügen und Importen sowie die Berücksichtigung des Exports auf der Verwendungsseite hätte den Informationsgehalt der Verflechtungstabellen noch mehr erhöht.

Von diesen Verbesserungsmöglichkeiten abgesehen kann man feststellen, daß *Komarnicki* und *Neuhaus* ein Zahlenwerk vorgelegt haben, das — wie es im Vorwort von *Theodor Wessels* heißt — Maßstäbe für die wirtschaftspolitische Beurteilung der öffentlichen Aufträge liefert. „Über ihren wissenschaftlichen Wert hinaus erfüllt die Untersuchung die Aufgabe, den Informationsgrad der Politiker zu erhöhen“ (S. 5), ausgezeichnet. Hoffentlich wird an verantwortungsvoller Stelle davon auch genügend Gebrauch gemacht.

Reiner Stäglin, Berlin

Werner Krommes: Das Verhalten der Unternehmung in der Rezession. Berlin 1972. Duncker & Humblot. 258 S.

Die Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Konjunkturabläufe für die Entwicklung optimaler Strategien einzelner Unternehmungen stellt einen Ausbau des betriebswirtschaftlichen Theoriengebäudes dar. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit beschränkt sich hierbei auf die Rezessionsphase des Konjunkturzyklus und deren Einwirkungen auf die betriebliche Absatzpolitik. Produktions-, Investitionspolitik u. a. m. bleiben unberücksichtigt. Die Auffassung des Verfassers, daß die bestehende Absatztheorie keinen fruchtbaren Ausgangspunkt für die Berücksichtigung konjunktureller Schwankungen bietet, veranlaßt ihn, in der Arbeit in erheblichem Umfang begriffliche Unterscheidungen zu treffen, bestimmte Aufgabenstellungen für die Unternehmung in der Rezessionsphase herauszuarbeiten, um auf diese Weise erst einmal zu einer loseren Strukturierung des Problems zu gelangen. Die Sammlung von Bausteinen mag dann später zu geeigneten Annahmen führen, die in einer geschlossenen Entscheidungstheorie der Unternehmung im Konjunkturverlauf Eingang finden. Die operationelle Konzeption, die zu gewissen Entscheidungsregeln führen würde, kommt damit in der vorliegenden Arbeit zu kurz.

Der erste Teil der Arbeit dient der Übernahme konjunktureller volkswirtschaftlicher Prozesse in die betriebswirtschaftliche Terminologie und Problemstellung. Im zweiten Teil untersucht der Verfasser, welche spezifischen absatzpolitischen Verhaltensweisen sich für die Untersuchung während der Rezessionsphase ergeben, inwieweit die konjunkturellen Zwänge andere Gewichtungen in den konkurrierenden Unternehmenszielen zur Folge haben mit den daraus resultierenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Absatzpolitik. Im dritten Teil wird der Gedankengang mit der Untersuchung fortgesetzt, welche absatzpolitischen Instrumente im Hinblick auf die Rezession zur Anwendung gelangen. An dieser Stelle könnte dann in Fortführung des vorliegenden Buches der sicherlich sehr interessante Teil einer konjunkturabhängigen Entscheidungstheorie von Unternehmungen einsetzen.

Kurt Elsner, Berlin

Druckfehlerberichtigung

zu Heft 2/1975, S. 188

Der Name des Autors in der Rezension lautet richtig „Dietrich Dickertmann“ (statt „Dietrich Dicktermann“). Diese Berichtigung gilt auch für die Inhaltsübersicht auf der dritten Umschlagseite von Heft 2/1975.